

Bauzener Nachrichten



Verordnungsblatt der Kreishauptmannschaft Bauzen zugleich als Konsistorialbehörde der Oberlausitz.

A m t s b l a t t

der Amtshauptmannschaften Bauzen und Löbau, des Landgerichts Bauzen und der Amtsgerichte Bauzen, Schirgiswalde, Herrnhut, Bernstadt und Ostritz, des Hauptzollamts Bauzen, ingleichen der Stadträte zu Bauzen und Bernstadt, sowie der Stadtgemeinderäte zu Schirgiswalde und Weißenberg.

Organ der Handels- und Gewerbekammer zu B i t t a u.

Verantwortlicher Redakteur Georg G. Rönse (Sprechstunden wochentags von 10—11 und von 3—4 Uhr). — Telegramm-Adresse: Amtsblatt Bauzen. — Fernsprechanruf Nr. 51.

Die Bauzener Nachrichten erscheinen, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, täglich abends. Preis des vierteljährlichen Abonnements 3 M. Insetionsgebühr für den Raum einer Beilage gewöhnlichen Satzes 15 P., im geeigneten Fällen unter Gewährung von Rabatt; Bismarck-, Tabellen- und anderer schwieriger Satz entsprechend teurer. Nachweisgebühr für jede Anzeige und Insetion 20 Pfg., für druckliche Ausstattung 10 Pfg. (und Porto). **Nur bis früh 10 Uhr eingehende Inserate finden noch in dem abends erscheinenden Blatte Aufnahme.** Inserate nehmen die Geschäftsstelle des Blattes und die Annoncenbureaus an, desgleichen die Herren Walde in Löbau, Claus in Weißenberg, Hippisch in Schirgiswalde, Gustav Krölling in Bernstadt, Buch in Königshain bei Ostritz, Reußner in Ober-Gunnersdorf und von Lindenau in Bismarck.

Nr. 23.

Montag, den 28. Januar, abends.

1901.

Der Bäcker Arthur Robert Wilhelm Rischke, geb. am 10. Juni 1868 in Reudammer, im Deutschen Reiche zuletzt wohnhaft gewesen in Königswartha (Sa.), wird beschuldigt, als Wehrmann der Landwehr ohne Erlaubnis ausgewandert zu sein, Uebertretung gegen § 360 No. 3 des Strafgesetzbuchs. Derselbe wird auf

Dienstag, den 12. März 1901, Vormittags 9 Uhr

vor das Königl. Schöffengericht Bauzen, Schloß Ortenburg, links, 1 Tr., zur Hauptverhandlung geladen. Bei unentschiedenem Ausgange wird er auf Grund der nach § 472 der Strafprozessordnung von dem Königl. Bezirkskommando zu Bauzen ausgestellten Erklärung verurteilt werden.

Königl. Staatsanwaltschaft.

Der R. Amtsanwalt. J. A.: Ref. Dr. Ludwig. L.

Z u b e s e t z e n

Die erste Lehrstelle an der vierklassigen Schule zu Belfa. Kollator: die oberste Schulbehörde. Einkommen der Stelle außer freier Wohnung im Schulhaus und Gartengenuß: 1200 M Gehalt, sowie 165 M für Erhaltung des Turn- und Fortbildungsschulunterrichts. Bewerbungen sind unter Anschluß der erforderlichen Unterlagen bis zum 11. Februar bei dem Unterzeichneten einzureichen.

Bauzen, den 26. Januar 1901.

Der Königl. Bezirkschulinspektor.
Schulrat Schüge.

K o n k u r s v e r f a h r e n.

Das Konkursverfahren über das Vermögen des Tapezierers und Dekorateurs Johann Traugott Ritsch in Bauzen wird nach Abhaltung des Schlußtermins hierdurch aufgehoben.

Bauzen, den 26. Januar 1901.

Königl. Amtsgericht.

Bekannt gemacht durch den Gerichtsschreiber Sekretär Tzupel.

B e k a n n t m a c h u n g.

In dem mit der Kinderbewahranstalt verbundenen Mädchenzuchtanstalt wie auch im Knabenwaisenhaus hier selbst sind eine Anzahl Stellen zu besetzen.

Gesuche um Aufnahme in diese Anstalten sind bis

zum 5. Februar dieses Jahres

bei uns einzureichen.

Bauzen, am 23. Januar 1901.

Der Stadtrat.

Dr. Raubler, Oberbürgermeister. A.

B e k a n n t m a c h u n g.

Mittwoch, den 30. Januar 1901 Nachmittags 3 Uhr sollen an der Auktionsstube in der Nähe des neuen städtischen Lagerplatzes ca. 5 cbm Nutzholz in 9 Stück Kastenstämme sowie 18 Haufen Brennholz im Wege des Meistgebots gegen sofortige Barzahlung öffentlich verkauft werden. Kauflustige werden ersucht, sich zu dem gedachten Zeitpunkt an vorbezeichnete Stelle einzufinden.

Bauzen, am 25. Januar 1901.

Der Stadtrat,

Dr. Raubler, Oberbürgermeister. Gp.

W o c h e n s c h a n.

In der vorigen Woche waren aller Augen nach England gerichtet, dessen hochbejahrte Herrscherin, Königin Viktoria, am Dienstag abend aus diesem Leben geschieden ist, diese, von ihrem Volke aufrichtig verehrt und geliebte Fürstin, unter deren zweihundertjähriger Regierung die britische Monarchie zur höchsten Blüte gedieh, bis in der letzten Zeit ein unfeliger Krieg dem Reiche und dem Volke tiefe Wunden schlug und wohl auch die Lebenskraft der mit ihrem Volke innig liebenden Königin aufzehrt. Der bedenkliche Gesundheitszustand seiner verehrteten Großmutter veranlaßte unseren deutschen Kaiser zu schleuniger Abreise nach England und Seine Majestät traf noch zeitig genug in Osborne ein, um von der Sterbenden erkannt und begrüßt zu werden. In der Folge ist auch der jugendliche deutsche Kronprinz an englischen Königshofe angelangt, um der Besetzung der verewigten Urgroßmutter beizuwohnen. Ueber alle mit dem Tode der Königin im Zusammenhang stehenden Begebnisse namentlich über die Proklamation des Prinzen von Wales als König Eduard VII., ist ausführlich Bericht erstattet worden.

Die Beratung des Etats des Reichsamts des Innern nahm des Reichstags auch in der abgelaufenen Woche zum größeren Teile in Anspruch. „Den Reichstag“ kann man freilich kaum sagen, denn gleich die Montag-Sitzung wurde in Anwesenheit von fünfzig (!) Abgeordneten eröffnet und sehr schwach über der Besuch die ganze Woche über! Am Montag wurden wieder allerlei Wünsche, Klagen, Beschwerden vorgelegt. Prinz Schönaich-Carolath wünscht weitere Durchführung des Instituts der weiblichen Fabrik-Inspektoren und Förderung der Frauen, die sich einem wissenschaftlichen Berufe widmen wollen und deren Zulassung zu den Universitätsvorlesungen nicht von den Dozenten abhängen sollte; Abg. Franke will die Mitglieder der freiwilligen Feuerwehr bei der Unfallversicherung berücksichtigt wissen, Abg. Dr. Richter behauptet, daß die Schutzmaßnahmen gegen Erkrankungen bei der Fabrikation von Phosphorsäure in Sachsen-Weimaringen noch mangelten, was Geh. Rat Müller, der Bundesbevollmächtigte für Sachsen-Weimaringen, widerlegt, Abg. Schwarz (München) kritisiert die Bäckerei-Verordnung, für welche der Sozialdemokrat Pöhl eintritt, der dann weiter beachtenswerte Bemerkungen über das Verhältnis der gewerkschaftlichen zur politischen (socialdemokratischen) Bewegung machte u. s. w. u. s. w. Ähnlich ging es am Dienstag zu, die genau von derselben geringen Anzahl von Vertretern des großen deutschen Volkes besucht war. Auch diesmal wurde die unendlich ausgebreitete Beratung über den Titel „Gehalt des Staatssekretärs“ dazu benutzt, socialdemokratische Beschwerden und Bemerkungen zu wiederholen, während noch am meisten das Interesse eine Rede des socialdemokratischen Abg. von Bollmar erregte, der scharf gegen den Abg. Häge und das Centrum als die „maßgebende“ Partei des Reichstags über-

haupt polemisierte, welche die Arbeiter „auf einer niedrigen Bildungsstufe erhalten“ wolle, was Abg. Häge bestritt. Letztlich wies Staatssekretär Graf Bismarck den Vorwurf eines socialdemokratischen Redners zurück, daß die Ausstellung des Reichsversicherungsamts in Paris „ein falsches Bild von der socialpolitischen Gesetzgebung und den Zuständen in Deutschland“ gegeben habe, und mit erneuerter Bestimmtheit trat Abg. Paull (Wolfsb.) den Socialdemokraten entgegen, der zugleich dem so vielfach angegriffenen Grafen Bismarck sein Vertrauen ausdrückte und sich entschloß gegen den (übrigens ganz aussergewöhnlichen) socialdemokratischen Antrag auf Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der Zustände in der Fabrikation von Phosphorsäure zu erklären, daß Geh. Rat Richter den socialdemokratischen Abg. Sachse verlegte, der behauptet hatte, daß im sachlichen Vergleich die Unfälle zugunsten hätten. Nachdem am Mittwoch zunächst der Reichskanzler Graf Bismarck der Teilnahme an dem Hinscheiden der Königin Viktoria Ausdruck gegeben und Präsident Graf Bismarck namens des Reichstags dieser Kundgebung sich angeschlossen hatte, begann die Verhandlung über eine Anzahl von Anträgen, welche darauf abzielten, daß das Reich eine Wohnungsreform in die Hand nehme, des normalen Bestimmungen für das Wohnwesen erlasse. Mein Staatssekretär Graf Bismarck griff in die Verhandlung entscheidend mit einer Erklärung ein, die er im Namen des Reichskanzlers abgab und nach welcher letztere, unter Anerkennung der auf dem Gebiete des Wohnwesens herrschenden Mängel, doch der Ansicht ist, daß die Frage nur auf dem Gebiete der einzelstaatlichen Gesetzgebung und Verwaltung erfolgreich gelöst werden kann. Das Reich erblicke seine Aufgabe darin, den eigenen Angehörigen nach Bedarf „ausreichende, zweckentsprechende und preiswerte Wohnungen“ zu schaffen, während die preussische Staatsregierung seit entschlossen sei, die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse selbst in die Hand zu nehmen, und welche zu diesem Zwecke gesetzgeberische Maßnahmen vorbereite. Aus der auch nach dieser Erklärung fortgesetzten Erörterung haben wir nur noch zwei bemerkenswerte Bemerkungen der Abg. Stockmann und Hilpert hervor. Ersterer wies auf die Pflicht der Kommunen hin, durch eine genügend hohe Besteuerung der Bauplätze einer unerhörten Spekulation entgegenzutreten. Letzterer führte die ganze Wohnungsnot auf die Landflucht der Arbeiter, den Zug nach den Städten (Großstädten) zurück. Am Donnerstag beschäftigte den Reichstag, bei besserem Besuch, eine die Reichspost betreffende Interpellation der Polenfraktion, die Abg. von Gledbock begründete und bei der sich eine aus Polen, dem diese fast stets zu Hilfe eilenden Centrum, den Freisinnigen, Esslern und Socialdemokraten gemischte Opposition zeigte, die Staatssekretär von Bismarck abzuwehren hatte. Es handelte sich um eine Beschwerde wegen Zurückweisung von Postämtern mit polnischer Aufschrift. Der Staatssekretär rechtfertigte das Verfahren der Postämter, die bei dem wachsenden Verkehr von dem Publikum erwarten können, daß es verständliche Adressen schreibt; es handelte sich um eine Agitation, polnische Blätter haben dazu direkt aufgefordert, daß man die Adressen polnisch schreibt, denn die Post müsse (!) sie befördern. Bei den Konversationen und Rationalisierungen fand der Staatssekretär vollen Beifall. Einen freundlichen Abschied fand die Sitzung dadurch, daß nach der Erledigung der Besprechung der Interpellation, als der Gegenstand wegen Verlegung der Invaliden von der ostasiatischen Expedition

beg. der Hinterbliebenen zur ersten Beratung kam, alsbald der Reichskanzler das Wort ergriff und erklärte: daß die hernach zu gewöhnlichen erhöhten Versorgungsgebühren auch den Invaliden und Hinterbliebenen aus den früheren Feldzügen zugewendet werden, erkenne er als eine berechtigte Forderung an und er werde dafür sorgen, daß noch in dieser Session dem Reichstage eine dahin gehende Vorlage gemacht werde. Mit allgemeinem, lebhaftesten Beifall wurde diese Erklärung und Ankündigung aufgenommen, und die Freude darüber verlangte noch in der Freitagssitzung zum Ausdruck, wo Abg. Graf von Oon die Erklärung des Reichskanzlers „die beste Feste des preussischen Jubiläum“ nannte. Die Vorlage, betreffend die Ginn-Ränder, wurde an die Budgetkommission gewiesen. Demnach wurde die Diskussion über den Etat des Reichsamts des Innern fortgesetzt; dabei kam denn wieder sehr Besidebenartiges zur Besprechung, nach dem der Staatssekretär Freiherr von Tschirnhaus unter lebhaftem Beifall im Namen des Reichskanzlers erklärt hatte, daß die verbündeten Regierungen den Anträgen der Abg. Graf Orlova und Müller-Fulda (auf Aussetzung einer Summe für solche Veteranen, deren Ansprüche auf Verjüngung anerkannt sind, die jedoch wegen Mangels an einem Fonds bisher nicht befriedigt werden konnten) sympathisch gegenüberstünden und daß diese Sympathie „bar Geld“ bedeute. Abg. Häge wünschte Eilechtigung der Wiedererlangung der Reichsangehörigkeit für die aus dem Auslande heimkehrenden Deutschen, Abg. Lechbour (Socialdemokrat) kam abermals auf die Zustände in der Fabrikation von Phosphorsäure zu sprechen, Abgeordneter Freiherr von Helldorn erinnerte daran, daß er den Generalsekretär des Central-Verbandes der Industriellen schon vor Jahren als den „Totengräber dieses Verbandes“ bezeichnet habe, und Staatssekretär Graf Bismarck teilte mit, daß ein Gesetz über die Zurückerlangung der Reichsangehörigkeit bereits fertig gestellt sei, ferner daß eine besondere Abteilung des Reichsgesundheitsamts die Frage der Reinhaltung der Flüsse eingehend behandeln werde, und stellte endlich gegenüber einer lauten Meinung des socialdemokratischen Abg. Wolfenbühl fest, daß die Reichsgesetze für das Wohl der Arbeiter auf die berühmten Verordnungen des verewigten Kaisers Wilhelm I. zurückzuführen seien, dem und dessen Kanzler niemand dieses Blatt aus dem Mundeskrange nehmen könne. Die Verhandlungen über den Etat des Reichsamts des Innern wurden auch in der Sonnabend-Sitzung fortgeführt, über welche in dieser Nummer ausführlich berichtet wird. (S. u.)

Von der Kommission im Preussischen Landtage erwähnen wir hier nur, daß im Abgeordnetenhaus am Donnerstag wieder über die Maßnahmen zur Verhinderung von Eisenbahn-Unfällen, sowie über Abhilfe der Kohlennot verhandelt wurde und daß ebenfalls in der Sonnabend-Sitzung gelegentlich etwas begehrt wurde. Der Reichskanzler Graf Bismarck als preuss. Ministerpräsident die Erklärung abgab, daß die Königl. Staatsregierung in voller Anerkennung der schwierigen Verhältnisse der Landwirtschaft und von dem Wunsche befehle, die Lage der Landwirtschaft zu verbessern, entschlossen sei, auf Empfehlung eines ausreichenden Hülfschusses hinzuwirken; die Königl. Staatsregierung sei ferner beabsichtigt, die Vorlage des Reichstags in jeder Weise zu befähigen. Diese Erklärung wurde begreiflich vielfach mit lebhaftem Beifall begrüßt. Der nun wieder genesene König Oskar von Schweden